

ANFRAGE von Werner Scherrer (FDP, Bülach)

betreffend Berufswahl als eigener Fachbereich in der 1. bis 3. Klasse der Sek I

Der Auftrag an die Volksschule ist klar: Alle Fähigkeiten, die den Kindern und Jugendlichen beigebracht werden, sollen dafür sorgen, dass sie das Leben meistern können. Das bedeutet nach dem 3. Schuljahr Sek I für 2/3 aller Schulabgehenden die berufliche Ausbildung in unserem dualen System oder die weitere schulische Ausbildung an einer Mittelschule.

Der Kantonsrat führt in regelmässigen Abständen die politische Diskussion darüber, wie Lehrabbrüche und vor allem auch der bei jährlich ca. 2'500 abgebrochenen Berufsausbildungen real entstehende Schaden für Wirtschaft und Ausbildung allgemein zu verhindern sind (vgl. Antwort auf Interpellation Ralf Margreiter KR-Nr. 383/2006).

Diese Ausgangslage zeigt klar auf, dass die Berufswahl eine ganz besondere Herausforderung ist. Es ist zwingend, dass zuerst (im 1. Schuljahr Sek I) die Neigungen und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler abgeklärt werden. Anschliessend folgt (im 2. Schuljahr Sek I) die Wahl des passenden Berufes in Zusammenarbeit mit den OdA, mit den Berufsverbänden und den Gewerbevereinen (Berufsparcours usw.). Aufgrund der aktuellen Usancen bei der Lehrstellenvergabe muss der Wahlprozess am Ende der 2. Klasse Sek I abgeschlossen sein. Das letzte Schuljahr soll dann, wie in den gewerblichen Kompetenzprofilen und im System Stellwerk bereits teilweise umgesetzt, zur Vertiefung der berufsspezifischen Anforderungen bzw. zur Behebung von allfälligen Defiziten genutzt werden.

Wenn diese einzelnen Schritte ihrer Wichtigkeit entsprechend nachhaltig begleitet werden sollen, dann muss die Berufswahl bereits anfangs 1. Schuljahr Sek I beginnen. Sie muss sauber geplant und durch ausgebildete und motivierte Personen begleitet werden und darf nicht nur als überfachliches Thema ohne klare Verantwortlichkeit in den Lehrplan Eingang finden. Dem Kantonsrat ist es nicht möglich, dem für den LP21 zuständigen Bildungsrat einen solchen Auftrag direkt zu erteilen. Entsprechend wird der Regierungsrat gebeten, mögliche Schritte zur Erreichung des genannten Zieles aufzuzeigen.

1. Wie steht der Regierungsrat dazu, dass in Zusammenhang mit dem LP21 keine ganzheitliche Berufswahl als eigenes Schulfach, sondern nur ein überfachliches Thema «Berufliche Orientierung» eingeführt wird (übrigens auf dem gleichen Level wie ICT und Medien, Demokratie und Menschenrechte, Gender und Gleichstellung, Gesundheit, Globale Entwicklung und Frieden, Kulturelle Identität und interkulturelle Verständigung, Umwelt und Ressourcen sowie Wirtschaft und Konsum)?
2. Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, die Schaffung eines solchen Schulfaches aktiv zu unterstützen?

Werner Scherrer